

zu TOP

Mainz, 09.03.2016

Anfrage 0492/2016 zur Sitzung am Landesfinanzierung für Flüchtlinge in Mainz (FDP)

Der Bund hat in Verhandlungen mit den Ländern seine Zuschüsse für die Flüchtlingsbetreuung deutlich erhöht. Diese belaufen sich momentan auf 670 Euro pro Flüchtling im Monat. Nach Einschätzung der FDP-Stadtratsfraktion entzieht sich aber das Land Rheinland-Pfalz seiner Verantwortung gegenüber den Kommunen, insbesondere gegenüber den größeren Städten und Landkreisen im Ballungsraum. So hat das Land Hessen die Unterstützung für die Flüchtlinge nach der Mittelerrhöhung des Bundes deutlich erhöht und nach drei Kategorien gestaffelt, von 865 € im Monat in den Landkreisen, in der Fläche über 940 €, im Ballungsraum bis hin zu 1050 € in den großen Städten im Rhein-Main-Gebiet. Im Durchschnitt liegt der Betrag bei ca. 950 €.

Die Stadt Wiesbaden bekommt also pro Flüchtling 1050 € im Monat bei mit Mainz vergleichbaren Kosten für Unterbringung und Betreuung.

Wir fragen an:

1. Wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber werden aktuell durch die Stadt Mainz betreut und wie hoch sind die entstehenden Kosten pro Person und Monat?
2. Welchen Betrag erhält die Stadt Mainz vom Land Rheinland-Pfalz pro Flüchtling im Monat?
3. Wie hoch ist bei diesem Betrag der Anteil, der durch die Bundesmittel abgedeckt wird?
4. Gibt es auch in Rheinland-Pfalz eine sinnvolle Staffelung nach unterschiedlichem Aufwand wie in Hessen? Wenn nein, warum nicht und wird sich die Stadt Mainz bei der Landesregierung dafür einsetzen?
5. Wie hoch ist die Differenz der Unterstützung für die Stadt Mainz durch die rot-grüne Landesregierung in Rheinland-Pfalz im Vergleich zur Stadt Wiesbaden in Hessen, hochgerechnet auf das Jahr 2016?
6. Welche Auswirkungen hätte das hessische Modell auf den städtischen Haushalt bzw. welche Entlastung würde für den städtischen Haushalt entstehen bei kompletter Kostenübernahme?

Walter Koppius
FDP-Fraktionsvorsitzender